

Bezugspreis:

Wochenpreis 6.75 M., monatlich 2.25 M., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 80 Pf., ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 14. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die letzten Wahlen für Weimar. Zwei sozialdemokratische Soldatenabgeordnete.

Ultimatum an Deutschland.

Die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen.

Genf, 14. Februar. (T. R.) Pariser Meldungen zufolge ist die Note der Alliierten über die Einstellung der deutschen Offensive gegen Polen...

Die neuen Bedingungen der Alliierten.

Genf, 14. Februar. Wie aus Paris berichtet wird, sieht der neue Waffenstillstandsvertrag einerseits die Entwaffnung Deutschlands vor...

Entente und Polenfrage.

Kategorische Note an Deutschland.

Genf, 14. Februar. (T. R.) Marschall Foch wird am 17. Februar der deutschen Delegation in Trier eine Frist von zehn Tagen zur Ausführung der alten und bereits bekannten neuen Waffenstillstandsbedingungen stellen...

Belgier besetzen Duisburg.

Folge spartakistischer Unruhen.

Duisburg, 14. Februar. In der vergangenen Nacht rückten hier auf Anordnung des belgischen Abschnittskommandeurs infolge der Vorantenne am Mittwoch belgische Truppen mit Maschinengewehren ein...

Der Völkerbundentwurf fertig.

Veröffentlichung in Kürze.

Paris, 14. Februar. (Havas.) Die zweite Lesung des Völkerbundentwurfs begann am Donnerstag vormittag. Die 86 Artikel wurden nach einer eingehenden Erörterung...

Die letzten Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Ostfront wählt zwei Sozialdemokraten.

Königsberg, 14. Februar. Mitteilung des Zentralrates der Ostfront: Bei der Wahl im besetzten Gebiet hat sich der größte Teil der Truppen der Wahl enthalten...

Sozialdemokratische Partei 7804.

Unabhängige 1945.

Demokraten 1681.

Parteilose Liste 1389.

Deutschnationale 62, Deutsche Volkspartei 74, Christliche Volkspartei 43, ungültig 309.

Gewählt sind die zwei Kandidaten der sozialdemokratischen Partei Paul Rodemann und Peter Kronen.

Trotz der bedauerlich geringen Wahlbeteiligung bietet der Wahlausfall eine interessante Stichprobe. Auffallend ist die minimale Zahl der Stimmen, die für die Rechte abgegeben wurden...

Die Stärke der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung zu Weimar steigt mit diesem letzten Wahlergebnis auf 165.

Bolschewistenausweisung aus Amerika und England.

Amsterdam, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach Meldungen der „Times“ beginnt die amerikanische Regierung wirksame Maßnahmen gegen die Elemente zu ergreifen, die Bolschewismus und Anarchie in Amerika einzuführen...

Auch in England scheint man gleich wie in Amerika kräftigere Saiten gegen anarchistische Agitatoren aufzukziehen. Die in London sich aufhaltenden 8000 Anarchisten sollen in kürzester Zeit in ihre Heimat abgeschoben werden.

Polnische Aufrührer vor dem Kriegsgericht.

Zuchthaus und Festungsstrafe.

Wormberg, 14. Februar. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wegen Hochverrats und Widerstands gegen die bewaffnete Macht hatten sich vor dem Kriegsgericht des Belagerungszustandes elf Polen zu verantworten...

Kriegskosten werden gefordert.

Mitteilungen Donar Lawá.

London, 13. Februar. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Donar Law auf eine Reihe von Fragen bezüglich der Zurückhaltung der Kriegskosten...

Die preussische Nationalversammlung soll nach einer Zeitungsmeldung am 4. März zusammentreten; die Wahl eines besondern preussischen Staatspräsidenten soll geplant sein.

Sozialpolitik in den Gemeinden.

Von Adolf Ritter.

Gelegentlich einer sozialpolitischen Debatte im Reichstage hat Bismarck einmal das Wort geprägt: „Ohne die Sozialdemokratie wären wir in Deutschland auf dem Gebiet der Sozialpolitik noch nicht so weit, wie wir heute sind.“

Die Voraussetzung für gemeindliche Sozialpolitik war die Inbetriebnahme von Unternehmungen, die in den Händen der Privatwirtschaft zwar für die allgemeinen Bedürfnisse der Einwohner bestimmt waren...

Die Verfechter der Aufrechterhaltung des Privatbetriebes wenden ein, daß in städtischer Regie „zu teuer“ produziert werde. In der Tat hat es Vorgänge gegeben, die eine solche Behauptung scheinbar rechtfertigen.

Nach den sozialdemokratischen Grundbegriffen in der Gemeindeverwaltung wird mit mäßigen Ueberschüssen aus den Anlagen gerechnet. In den verflochtenen Kriegsjahren mit ihren abnormen Verhältnissen konnte hiervon in den meisten Fällen keine Rede sein.

Wer das Prinzip der Gemeinwirtschaft in der Kommune hochhalten und ausbauen will, kann deshalb am 23. Februar nur der sozialdemokratischen Liste seine Stimme geben!

Eine Gemeindeverwaltung hat nach der sozialdemokratischen Auffassung die Pflicht, den in ihrem Gemeinwesen tätigen Arbeitern nicht nur einen auskömmlichen Lohn zu zahlen, sondern auch für die Zeit zu sorgen, in welcher er später wegen hohen Alters oder eintretender Unglücksfälle zur Leistung von Arbeit nicht mehr imstande ist.

Seit dem Jahre 1908 besteht bereits für Berlin eine solche Einrichtung, die des weiteren Ausbaues bedarf. Bei der zu erwartenden Regelung des kommunalen Versorgungswesens in Preußen wäre diese Materie in ihren Grundzügen eventuell von der staatlichen Gesetzgebung zu ordnen.

Die Arbeiterschaft weiß, daß es in der Hauptsache nicht darauf ankommt, wieviel Geld der einzelne in der Tasche hat, sondern darauf, was er mit diesem Gelde auf dem gegenwärtigen Wirtschaftsmarkt kaufen kann.

Eine zukünftige Lohnpolitik in den Gemeinden wird in ihren Abmachungen und Durchführungsbestimmungen darauf achten müssen, in Ergänzung bisheriger Grundzüge, Löhne für bestimmte Zeiten festzulegen...

Sollen sich diese Absichten in Ruhe und Ordnung vollziehen, ohne daß große Betriebe, wie beispielsweise der Stadt Berlin, zu schädigen, so müssen Vorkehrungen weiterer sozial-





